Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 24.11.2018, S.19

Kali-Streit: Kreis denkt an Klage

Giesen/Kreis Hildesheim. Die Kreistagsmehrheit aus SPD und CDU will die Weisung des Landes in der Kali-Frage nicht kampflos hinnehmen. Auf die Initiative beider Fraktionen hin hat Landrat Olaf Levonen alle Kreistagsabgeordneten für nächsten Mittwoch, 28. November, zu einem Treffen im Kreishaus eingeladen. Mit dabei ist auch ein auf das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz spezialisierter Staatsrechtler. Des weiteren ist der Bergbau-Experte des Umweltschutzverbandes BUND, Dr. Ralf Krupp, eingeladen. Er ist ein Verfechter der These, dass ein zweiter Kaliberg unnötig sei.

Ein zentrales Thema der Zusammenkunft soll die Frage sein, ob – und wenn ja wann – der Landkreis in der Kali-Frage juristisch gegen das Land vorgeht. Dabei geht es zum einen um die Weisung von Umweltminister Olaf Lies (SPD), der angeordnet hatte, der Landkreis müsse nunmehr sein Einvernehmen zur wasserrechtlichen Erlaubnis für die Salzwasser-Einleitung erteilen – was Landrat Levonen inzwischen getan hat. Zum anderen geht es um die Frage, ob dies wie vom Innenministerium dargelegt ohne erneute Einbindung des Kreistages möglich war.

Unklar ist auch der Zeitpunkt einer möglichen Klage. Es könnte sein, dass diese jetzt schon möglich wäre – oder aber nach dem Planfeststellungsbeschluss, also der Genehmigung des Bergwerks-Neustarts, der für 2019 erwartet wird.

Zudem will die Mehrheitsgruppe herausfinden, was aus ihrem Katalog mit 33 aus ihrer Sicht offenen Fragen geworden ist, den sie im Oktober an Wirtschaftsminister Bernd Althusmann übersandt hatte und der der HAZ vorliegt. Die Fragen will die Kreistagsmehrheit mit dem Bergamt erörtern, ihre Klärung war aus Sicht von SPD und CDU eigentlich unabdingbar für die Einvernehmens-Erklärung zur Salzwasser-Einleitung. Auf Nachfrage dieser Zeitung hieß es im Ministerium, ein solcher Katalog liege dort nicht vor. *abu*